

rarabeispiel parlamentarische Ineffizienz bezeichnete Attenhofer alljährliche tagelange Budgetdebatten. Mit Strategie habe die Budgetpolitik zu tun. Diese sei lediglich der Weg, um das Parlament davon zu überzeugen, was das Parlament der Regierung beauftragt habe. Über 80 Prozent der Budgets seien gebundene Ausgaben, und die restlichen 20 Prozent wegen der Globalbudgetierung angreifbar.

Wenn der Kantonsrat effizient arbeiten sollte, müsse er den Weg über Vorwahlen wählen. Mit Motionen könne eine Budgetwirksamkeit auslösen, die die Regierung binde. Und mit diesen strategischen Inhalten steige die Qualität der Debatte. Schliesslich habe Attenhofer zu kurzen Voten. Man dürfe im Parlament berechnete Klagen, aber man dürfe nicht schwatzen. Nur kurze Voten, die sofort zum Kern der Sache kommen, seien in Ordnung und stiessen auf Resonanz: «Je mehr Sie reden, desto öfter können Sie ...»

Thalmannt zweite Vize

Die Vizepräsidenten teilen sich zwei Ämter: Erste Vizepräsidentin ist Ursula (svp, Höri), die 138 von 147 massgebenden Stimmen erhielt. Als zweite Vizepräsidentin amtiert Regula Thalmannt (fdp, Uster), die mit 109 von 148 massgebenden Stimmen gewählt wurde.

Die Sekretäre der Geschäftsleitung sind bestimmt: Hans Peter Frei (svp, Thalmannt), Raphael Golta (sp, Zürich), Ursula Leuthold (svp, Aeugst am Albis), Maria Riedi (sp, Zürich). Die übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung sind: Ursula Guyer (gp, Zürich), Alfred Heer (svp, Zürich), Richard Hirt (cvp, Fällanden), Ruedi Lais (sp, Wallisellen), Emy (sp, Zürich), Peter Reinhard (evp, Thalmannt), Ernst Stocker (svp, Wädenswil) und Ursula Walz (fdp, Zollikon).

eine staatliche Anerkennung. Auf Initiative des neuen Kantonsratspräsidenten Hartmuth Attenhofer (sp, Zürich) wurde dies mit einem symbolträchtigen Akt begangen: Die israelitische Kultusgemeinde (ICZ) und die viel kleinere Jüdische Liberale Gemeinde Or Chadash (JLG) haben die Mitglieder des Regierungsrats, des Kantonsrats und auch des Zürcher Stadtrats zum Auftakt des

die Anerkennung der jüdischen Gemeinden in der Verfassung sei ein Meilenstein, er betonte aber auch, diese Anerkennung führe nicht zu einer Vermengung von Staat und Religion. «In der Anerkennung kommt zum Ausdruck, dass sich der Staat nicht absolut setzt», sagte er. Und umgekehrt seien sich auch die Religionsgemeinschaften ihrer Verantwortung für ein friedliches Zusammen-

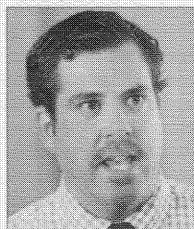
aufgerufen, für die Menschenrechte einzutreten, insbesondere auch für die Rechtsgleichheit von Mann und Frau.

JLG-Präsidentin Nicole Poëll, die selber im Verfassungsrat mitgewirkt hatte, sprach als Vertreterin einer «Minderheit in der Minderheit», denn das schweizerische Judentum tue sich noch etwas schwer mit der erst 30-jährigen Jüdischen Liberalen Gemeinde. Sie rief dazu

nun nicht. Dafür ist vorgesehen, am 21. August in Kappel am Albis eine Veranstaltung durchzuführen und dabei des Umstands zu gedenken, dass die dortige Schlacht und die folgenden Verhandlungen zu einem friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Konfessionen geführt haben. (abr.)

Umfrage

Fierz-Ersatz: Wer hilft wem, und wem nicht?



Thomas Vogel



Annelies Schneider-Schatz



Richard Hirt



Martin Kull
(Bilder: ZO-Archiv)

Livia Nigg

Durch den Rücktritt von Regierungsrätin Dorothee Fierz wird eine Ersatzwahl nötig, die am 9. Juli stattfinden soll. Was werden die Bürgerlichen tun - zusammenspannen oder jeweils eigene Kandidaten ins Rennen schicken? Wie gross ist diesmal die Chance von Nationalrätin Ruth Genner, in die Regierung gewählt zu werden? Wird sie die SP unterstützen? Auf welcher Seite steht die CVP? Oberländer Kantonsräte äussern dazu ihre Meinung.

Thomas Vogel (fdp, Illnau-Effretikon). Wenn es der FDP gelingt, jetzt

ein neues Regierungsglied zu stellen, dann bleibt es ihr erspart, bei den Gesamterneuerungswahlen 2007 mit zwei neuen Kandidaten dem Grossantritt aller anderen Parteien widerstehen zu müssen. Sie hätte dann bereits jemanden in der Regierung, der über einen Leistungsausweis verfügt. Die Ersatzwahl ist also für die FDP eine Chance. Bei allem Respekt vor dem personellen Potenzial der SVP: Was fähige Köpfe anbelangt, so braucht die FDP keine Hilfestellung. Deshalb hoffe ich, dass die SVP unseren Kandidaten unterstützen wird und dass die bürgerlichen Parteien darauf verzichten werden, einander das Wasser abzugraben.

Annelies Schneider-Schatz (svp, Bäretswil). Die SVP hat einen klaren Anspruch auf einen zweiten Regierungssitz. Doch diesen Anspruch wird sie meiner Ansicht nach erst an den Gesamterneuerungswahlen stellen und mit einer Doppelkandidatur andere Parteien als die FDP angreifen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es wichtig, dass wir mit der FDP zusammenspannen, damit die Regierung mehrheitlich bürgerlich bleibt. Deshalb täte die SVP gut daran, einen valablen Kandidaten aus den Reihen der FDP zu unterstützen. Dieser müsste bekannt, führungsstark und konfliktfähig sein.

Richard Hirt (cvp, Fällanden). Meiner Meinung nach wird die CVP an dieser Ersatzwahl offiziell niemanden unterstützen und sich aus dem Wahlkampf heraushalten. Wir waren bei der Wahl von Hans Hollenstein auch auf uns selbst gestellt und stehen deshalb bei niemandem in der Schuld. Die SP hat unseren Kandidaten unterstützt, aber die SP stellt ja jetzt niemanden auf. Wenn die FDP eine valable Kandi-

datur aufstellen wird, so werden die Mitglieder der CVP eher dazu neigen, von deren Anspruch her diese zu unterstützen. Ein Problem haben nun SVP und FDP, die nicht den Fehler machen dürfen, je eigene Kandidaten zu nominieren, denn dies würde die Kandidatin der Grünen stärken.

Martin Kull (sp, Wald). Ich gehe davon aus, dass die SP die Kandidatur der Grünen unterstützen wird. Falls beide bürgerlichen Parteien eigene Kandidaten aufstellen, hat Ruth Genner eine Chance. Und dank ihrer starken Persönlichkeit würde es ihr auch gelingen, auch 2007 wiedergewählt zu werden. Was ich persönlich sehr schlimm finde, ist die derzeitige Demontage der FDP. Da ich aus einer freisinnigen Familie stamme, lässt es mich nicht kalt, wie diese Partei sich zerleddert. Die FDP ist hin- und hergerissen zwischen den eigenen politischen Positionen und der Einsicht, dass es ohne SVP nicht geht. Und dafür muss sie sich von dieser dauernd beleidigen und vorführen lassen.